



# Information

Erlensee, den 13.12.2012

## **CDU-Fraktionsvorsitzender Max Schad Haushaltsrede 2013**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns liegt der Haushalt für das Jahr 2013, über den wir heute befinden sollen. Vorausgegangen sind seitens der CDU-Fraktion wieder intensive Beratungen über das Zahlenwerk. Viel Mühe haben sich Verwaltung und Magistrat im Vorfeld bei der Erstellung gemacht. Dafür unseren Dank. Unsere Gedanken sind bei Bürgermeister Erb, der zur Haushaltsdebatte fest dazu gehört. Wir wünschen ihm, dass er bald wieder unter uns sein kann.

Wie in den zurückliegenden Jahren auch, finden sich auch in diesem Haushalt Erfreuliches, aber auch negative Aspekte. Zu den negativen Aspekten gehört sicherlich, dass es erneut nicht gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Es steht zu fürchten, dass uns dies auch in den nächsten Jahren nicht gelingt. Gleichwohl haben wir uns als politisch Handelnde bemüht, die Grundlage dafür zu legen, dass wir uns aus eigener Kraft wieder aus der derzeitigen Schiefelage herausarbeiten. Doch dazu später mehr.

Als eine große Enttäuschung für die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik über den Haushalt hat sich aus meiner Sicht bislang die doppelte Haushaltsführung herausgestellt. Mit der Umstellung der Haushaltswirtschaft von der Kameralistik auf die Doppik wurden uns damals verbesserte Erkenntnisse über den tatsächlichen Vermögensstand, über Entwicklungen und Pläne sowie den Ressourcenverbrauch der Kommune innerhalb einer Rechnungsperiode vorausgesagt. Dies mit dem Ziel einer größeren Transparenz der kommunalen Haushaltswirtschaft und einer besseren Steuerung. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Stark erklärungsbedürftige Zahlenkolonnen machen es uns sehr schwer, eine politische Steuerung überhaupt vorzunehmen. Ohne erhebliches Hintergrundwissen oder die ein oder andere Erklärung, die bereit gestellt wird, ist so gut wie nichts zu machen. Für die Haushaltssouveränität der kommunalen Parlamente ist dies keineswegs förderlich; Ich denke, hier sind wir uns alle einig.

Ziel sollte damals sein, die gewonnenen Erkenntnisse sowie Steuerungspotentiale im Sinne eines effektiven und wirtschaftlichen Ressourcen-Einsatzes so umzusetzen, dass sich hieraus

für die Kommune auch Steuerungsgewinne erzielen lassen. Vielleicht wird es für den kommenden Haushaltsplan möglich sein, noch ein Paar mehr Erläuterungen zu Einzelpositionen zu erhalten. Wir jedenfalls, wären dafür dankbar.

So wie es ausschaut, ist unsere Stadt mit einem hellblauen Auge durch die Krise gekommen. Schaut man sich die Schlüsselzuweisungen an, lässt sich erkennen, dass wir erneut einen erfreulichen Aufwuchs durch Bund und Land erfahren haben. Leider wird dies durch die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage zum Teil wieder aufgefressen. Hier bleibe ich bei dem was ich schon im letzten Jahr gesagt habe: Da alle staatlichen Ebenen mit der Schuldenproblematik zu kämpfen haben, ist nicht zu erwarten, dass und Bund, Land oder Kreis derart zur Seite springen und uns „rauspauken“, das und alle Haushaltssorgen genommen werden. Wir werden selbst schauen müssen, wo wir bleiben. Alle Diskussionen, die unter Politikern über das Ausbluten der Kommunen auf der einen Seite und Rekordentlastungen auf der anderen Seite geführt werden, sind am Ende eher Debatten über einige Stellschrauben in einer Zeit, in der „große Lösungen“ in der Haushaltspolitik ziemlich unwahrscheinlich sind.

Ich sage dies mit der Einschränkung, dass auch wir erhebliche Entlastungen bei unserem Schuldenstand hätten erfahren können, wenn wir für den Schutzschirm des Landes in Frage gekommen wären. Dem ist nicht so und damit bleibt die Diskussion hypothetisch.

Unter dem Strich bin ich der festen Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. CDU und SPD haben in diesem Haus in den zurückliegenden Jahren die Weichen richtig gestellt. Ja zu mehr Wirtschaft – und damit Ja zu mehr Gewerbesteuern, Ja zu neuen Wohngebieten und damit Ja zu höheren Schlüsselzuweisungen und besseren Einnahmen aus dem Einkommenssteueranteil. Und ja zu attraktiven Freizeitmöglichkeiten und damit zu mehr Lebensqualität. Konkret bedeutet dies: Ja zum neuen Gewerbegebiet an der A45, ja zum neuen Wohngebiet am Kreuzweg und ja zur Renovierung des Schwimmbads. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, denn – und das möchte ich auch ganz klar sagen – hier sitzt mit Bündnis 90/die Grünen eine Fraktion – die bei allen persönlichen Sympathien – dreimal Nein gesagt hat.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mir gar nicht ausmalen, wie die Stimmung in unserer Stadt wäre, wenn bei den Abstimmungen in diesem Parlament am Ende drei Mal ein Nein gestanden hätte.

Ich bin mir nicht sicher, ob es das Stadtfest in diesem Jahr dann gegeben hätte. So können wir uns selbstbewusst als junge, aufstrebende Stadt bezeichnen und die Chancen im Ansehen, die sich daraus ergeben, in der Zukunft nutzen. Die Stadtwerdung war quasi der Ausweis dafür, dass wir in den zurückliegenden Jahren richtig gehandelt haben. Wir sind in den zurückliegenden Jahren hervorragend damit gefahren, untereinander einen Konsens herbei zu führen, eigene Positionen für die gemeinsame Sache auch mal hintan zu stellen – Wege der Gemeinsamkeit ehrlich zu zeichnen und sich nicht hinter Geringfügigkeiten zu verstecken. Dies zum Wohle der Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die wir heute abend hier sitzen.

Die CDU möchte weiterhin den Erlenseer Weg gehen: Wirtschaftliches Wachstum, attraktiver Wohnraum, Lebensqualität und soziale Teilhabe in ökonomischer Vernunft. Es gibt keinen Grund, diesen Weg zu verlassen. Denn Stagnation und Rückbau unserer Kommune – das war nicht die Sache der parlamentarischen Mehrheiten in den zurückliegenden Jahren. Und dies die Grundlage unseres Erfolgs.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Diskussionen über den Bau eines neuen Feuerwehrhauses sowie die Planungen an einer Nord-Ost Entlastungstangente. Der CDU ist es wichtig, die beiden zentralen Projekte, die unmittelbar mit unserem Erlenseer Weg zu tun haben, nicht aus den Augen zu verlieren.

Die CDU möchte eine Perspektive für eine moderne, leistungsfähige Feuerwache. Das sind wir den vielen freiwilligen Feuerwehrleuten schuldig. Wir nehmen zur Kenntnis, dass viele Parameter, die für den Bau wichtig sind, noch nicht definiert werden konnten. Aber wir wollen, dass die Planungen für das Feuerwehrhaus weiter gehen. Deshalb haben wir einen Planungsauftrag in den Haushalt für 2012 eingebracht und wollen mit unserem Änderungsantrag eine Perspektive für den Fortschritt beim Feuerwehrhaus in diesem Haushalt verankert wissen. Wir finden es gut, dass nach Lage im Ausschuss auch die anderen Fraktionen damit einverstanden sind. Den Antrag, die Planungsmittel für die Feuerwache komplett zu streichen, lehnt die CDU ab.

Genau so sieht es bei der Frage der Nord-Ost Tangente aus. Eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in den Wohnstraßen Langendiebachs ist für uns eine wichtige Aufgabe. Man überlege sich: Ein Autofahrer im neuen Wohngebiet am Kreuzweg, der über das Langenselbolder Dreieck auf die A45 oder die A66 fahren will, schaut von seinem Haus quasi bereits auf den Zubringer Kreisstraße und muss einen Umweg von gut und gerne drei Kilometern in Kauf nehmen, um auf diese Straße zu gelangen. Es handelt sich bei diesen drei Kilometern um Fahrten durch bewohntes Gebiet, durch teilweise enge und ohnehin schon belastete Wohnstraßen wie die Theodor-Heuß-Straße oder den Limesweg. Es wird wohl niemand im Abrede stellen, dass dies nicht optimal ist und zu unnötigen Belastungen führt. Im Sinne unseres Erlenseer Wegs sehen wir hier Handlungsbedarf.

Mit der Vorlage des Verkehrsplans werden wir hoffentlich einen detaillierteren Aufschluss darüber erhalten, wie die Bedarfe genau sind. Am Ende bleibt die Entscheidung für eine Entlastungsstraße aber eine politische Frage. Und hier treten wir klar für eine Perspektive ein. Wir möchten dies dokumentieren mit der Einplanung der notwendigen Mittel im Investitionsplan. Dieser hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt, dient aber als eine Art Merkposten, dass das Thema relevant sein wird. Und als ein Zeichen, dass es diesem Parlament ernst ist, dass Planungen und Aussagen der grundsätzlichen Bereitschaft nicht nur vorgetäuscht, sondern ernst gemeint sind. Für schau-Politik stehen wir nicht zur Verfügung.

Klar ist, dass die CDU die Straße nicht gegen eine systematische Auswertung durchdrückt. Das viele, nicht mit Begründungen unterlegte „das brauchen wir nicht“ ohne inhaltliche Begründung kann aber keinesfalls überzeugen. Die Tangente ist aus unserer Sicht ein Element unserer Wachstumsstrategie. Es ist insofern konsequent, dass die Grünen das Projekt ungeprüft ablehnen. Es liegt in der Logik der bisherigen Entscheidungen.

Unsere Aussichten als Stadt Erlensee stehen nicht schlecht. Denn mit dem Fliegerhorst liegt eine große Chance vor unseren Füßen, diesen Weg noch deutlicher einzuschlagen. Kaum eine Kommune in der Region verfügt über ein solches Entwicklungspotential. Für die CDU steht fest: Wir müssen diese Chance ergreifen und die sich ergebenden Potentiale voll nutzen. Es bleibt zu hoffen, dass im kommenden Jahr auch für das Parlament neuer Schwung in die ganze Angelegenheit kommt.

Was mir in diesem Zusammenhang aus parlamentarischer Sicht nicht gefällt, ist der Informationsfluss beim Thema Fliegerhorst. Informationen über den Sachstand, über Entwicklungen, Strategien und Probleme fließen nur sehr zurückhaltend. Nicht selten wird man von Bürgern auf das Thema „Fliegerhorst“ angesprochen. Das sind die Momente, in denen man merkt, dass der gesamte Prozess im Parlament „nicht gerade ausgebreitet wird“. Ich würde mir wünschen, bei diesem Prozess noch mehr mitgenommen zu werden. Ich finde da den Verweis auf den Zweckverband keinesfalls zureichend. Auch wenn wir einen Zweckverband gegründet haben, heißt das noch lange nicht, dass die Entwicklungen auf dem Fliegerhorst mit allen Folgefragen die Stadtverordnetenversammlung nicht zu interessieren hätte. Es bleibt zu hoffen, dass die Situation sich ein wenig ändert, wenn die Frage des Kaufs abgewickelt ist. Und ich vertraue auf den Magistrat, dass er – bei allem Verständnis darüber, dass nicht alles in der Öffentlichkeit ausgewälzt werden kann - das Parlament rechtzeitig im Rahmen des Möglichen informiert und einbindet.

Nicht so recht schlüssig ist meine Fraktion bei der Entwicklung der Personalkosten. Seitdem ich im Parlament bin, ist ein Anstieg der Kosten zu beobachten, Jahr für Jahr. Auch in diesem Jahr sollen es wieder knapp 6 Prozent sein. Dies hat gerade im Bereich Kindertagesstätten sicherlich auch etwas mit der Verbesserung der Qualität zu tun. Klar ist auch, dass Löhne und Gehälter tarifmäßig steigen. Dies ist auch richtig. Aber in der Tendenz ist über längere Sicht auch eine Erhöhung der Personalkosten zu erkennen, dass auch auf Pump finanziert werden muss. Uns sollte angesichts des chronischen Haushaltsdefizits eher die Frage beschäftigen: Wie bekommen wir es hin, Kostensteigerungen in der Zukunft so gering wie möglich zu halten.

Als Kommunalpolitiker hat man doch eher einen Blick von außen auf den Verwaltungsapparat. Mit dem Magistrat, insbesondere dem Bürgermeister, steht auf der anderen Seite ein „Insider“ der Verwaltung. Wie Abläufe zu straffen sind, wie wir dauerhaft kostengünstigere Strukturen schaffen können – hier sind wir auf die Bereitschaft und die Kreativität des Bürgermeisters angewiesen, neue Wege zu zeigen. Natürlich erfordert dies auch Mut, denn ein Bürgermeister ist natürlich auf seine Verwaltung angewiesen und er ist gut beraten, es sich flapsig gesagt „nicht mit ihr zu verscherzen“. Aber ich denke, dass sich hier immer auch ein Mittelweg finden lässt. Mut zum unkonventionellen Denken lautet hier der Weg. Insofern darf es keine Tabuisierung des Themas geben. Das wäre unsere Erwartung. Vielleicht wird ja auch dieser Bereich noch mal Thema in der AG Haushaltskonsolidierung, denn er war in all den Jahren der Konsolidierungsbemühungen schon ein wenig außen vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den vorliegenden Anträgen der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung werden wir unserer Verantwortung erneut gerecht. Keine Haushaltsberatung, in der wir uns dieser Frage verschließen. Seit Jahren legen wir in jedem Haushaltsjahr Vorschläge zu maßvollen, sozial verträglichen Einsparungen vor und stellen uns dieser unangenehmen Frage. Wir dokumentieren damit, dass uns ein Haushaltsausgleich wichtig ist.

Die Annahme und Umsetzung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen würde am Ende zu einer effektiven Entlastung des Haushalts um 1 Million Euro beitragen. Und dies, ohne jemanden erhebliche Belastungen zumuten zu müssen. Wir halten unsere Vorschläge – Reduzierung der Kosten beim Kindergartenbau und Verkauf des Grundstücks Ravolz Häuser Straße/Ecke Friedrich-Ebert-Straße daher für sinnvoll und ausgewogen.

Hinzu käme die Erhöhung der Steuerbasis durch die Anhebung der Spielapparatesteuer auf den höchsten Satz, der von hessischen Kommunen genommen wird. Wir werden zunächst einmal der Erhöhung des Satzes auf 15 Prozent zustimmen und in der Januarsitzung eine Aufstockung auf 20% beantragen. Wir sind der Meinung, dass dies verhältnismäßig ist - und vor allen Dingen auch praktikabel, wie die Beispiele von Frankfurt und Wiesbaden deutlich zeigen. Dort hat sich die Zahl der Spielhallen trotz gestiegenen Steuern noch einmal erhöht. Und noch keine der Klagen aus den Reihen der Spielhallenbesitzer war erfolgreich. Denn vermutlich sind die Gewinnspannen aus dem Automatenspiel hoch genug, um 1/5 davon an die Kommunen abzuführen und davon gut zu leben. In den Ausschuss-Sitzungen ist bereits angeklungen, dass für diesen Weg grundsätzliche Sympathie besteht. Es ist auch eine Grundsatzfrage: Durch Klagen der Glückspielbetreiber werden viele Kommunen abgeschreckt – gerade die kleineren Kommunen fürchten einen Rechtsstreit und sind daher sehr zögerlich, ihr Recht auf angemessene Besteuerung auch durchzusetzen. Es ist an der Zeit, dieses Tabu zu brechen. Wir machen uns verdient, bei den vielen klammen Kommunen, die sich die fehlenden Mittel für die Erledigung ihrer Aufgaben nicht dort holen können, wo sie eigentlich vorhanden wären. Deshalb folgen wir den im Ausschuss abgesprochenen Weg, ziehen unseren Antrag für diese Sitzung zurück und werden den Antrag zur Satzungsänderung erneut in die Januar-Sitzung einbringen.

Anders ist die Lage aus unserer Sicht bei den Gewerbe und den Grundsteuern. Klar ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wir das Problem des nach wie vor hohen Mittelbedarfs der Kommune nicht dadurch lösen können, dass wir uns immer mehr Geld von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gewerbetreibenden holen. Bereits im letzten Jahr haben wir die Grundsteuern erhöht und die Menschen in Erlensee dadurch zusätzlich belastet. Bis vor kurzem stand eine happige Erhöhung der Abwassergebühren auf der Tagesordnung. Auch hier wissen wir noch nicht, wohin die Reise geht. Ich gehe mal davon aus, dass die Neuberechnung nicht ergeben wird, dass wir die Gebühren senken können- eher das Gegenteil wird wohl der Fall sein. Die CDU ist der Meinung: Wir können nicht weiter an diesen Schrauben drehen, jeder einzelne weiß über die bereits jetzt hohe Abgabenlast in Deutschland. Wir sind der Meinung, dass wir – zumindest was unsere kommunale Seite betrifft – den Menschen eine größtmögliche Planungssicherheit geben sollten. Wir haben daher einen Antrag vorgelegt, mit dem wir den Menschen in Erlensee versichern wollen, dass wir von uns aus – solange wir nicht von übergeordneten Ebenen gezwungen werden - in den kommenden zwei Jahren die Grundsteuern nicht weiter erhöhen werden. Wir denken da gerade an all jene, die ihre Groschen zweimal um drehen müssen, sei es der Arbeitslose oder sei es die Rentnerin mit kleiner Rente, die für ihr Häuschen aufkommen muss. Deshalb haben wir einen Antrag vorgelegt, der eine Grundsteuer-Garantie für die kommenden zwei Jahre festschreibt. Dies ist gleichzeitig eine gute Ansage an all jene, die momentan ein Interesse daran haben, ein Grundstück in unserem neuen Wohngebiet zu kaufen.

Gleiches gilt für die Gewerbebesteuer. Auch hier wollen wir die Höhe der Steuern in den nächsten zwei Jahren garantieren. Dies dient den Unternehmen vor Ort als Sicherheit. Und es ist eine faire Ansage an all jene Unternehmen, die sich entschlossen haben, sich in Erlensee anzusiedeln.

Den Antrag der SPD, die Gewerbebesteuer zu erhöhen, werden wir deshalb ablehnen. Wir tun dies in dem Bewusstsein, konkrete Anträge vorgelegt zu haben, die Einsparungen und zusätzliche Einnahmen durch einen Grundstücksverkauf vorsehen. Und diese Einsparungen gehen weit über das Potential einer neuerlichen Steuererhöhung hinaus.

Einsparpotential sehen wir bei der neuen Kindertagesstätte. Über 3 Millionen Euro für den Neubau sind viel Geld. Wenn man sich ein wenig orientiert, was die Preiskategorien angeht, so lässt sich leicht in Erfahrung bringen, dass es günstiger als für 3,1 Millionen Euro geht. Gerade im Bereich fertig gebauter Kindergärten gibt es bessere Angebote. Aber auch mit dem entsprechenden Kostenbewusstsein, kommen wir mit 2,5 Millionen Euro aus. Die zurückliegende Ausschuss-Sitzung hat dies ja auch noch mal verdeutlicht. Klar kann man jetzt argumentieren, dass man die bereit gestellten drei Millionen Euro nicht ausschöpfen muss. Aber ich denke, wir sollten mit dieser Maßnahme dokumentieren, dass es unser Anspruch ist, Kostendisziplin zu üben. Die couragierte Ansage aus dem Bauamt in der zurückliegenden HFA-Sitzung hat mir daher imponiert. Den Kindergarten kann man für 2,5 Millionen Euro bauen, der den Kindern alle Perspektiven bietet, die sie brauchen.

Ich denke, wir alle wünschen uns einen schönen und gut ausgestatteten Kindergarten. Aber auch hier gilt: Wer es sich nicht leisten kann, der muss so kostenbewusst wie nur irgend möglich handeln. Dazu gehört es etwa, einen Kindergarten „von der Stange“ nicht ungeprüft als zu hoch in den Folgekosten abzutun. Die Tatsache, dass noch die Kinder, die in diesem Kindergarten spielen, für ihren Kindergarten in der Zukunft abbezahlen werden müssen, verpflichtet uns schon moralisch zu kostenbewusstem Handeln. Dies hat das Parlament aus Sicht der CDU-Fraktion schon bei der Standortwahl nicht getan, ich erinnere an die Diskussion, ob der Kindergarten nicht auch auf das Schulgelände der Georg-Büchner-Schule ziehen kann. Dies wurde mehr oder minder ungeprüft verworfen. Schade. Denn dies meinen wir nicht mit Kostenbewusstsein. Die Erlöse des Grundstücksverkaufs für die Fläche, auf die wir nun den Kindergarten bauen wollen, hätten wir gut gebrauchen können.

Ein Wort zur Kinderbetreuung. Die Art und Weise, wie in Erlensee mit diesem Thema umgegangen wird, gefällt der CDU-Fraktion gut. Es ist seit langem unsere Politik, keine Wartelisten aufkommen zu lassen und den Bedarf bei U und Ü3 zu decken. Während andere bei der U3-Betreuung jetzt hastig aktiv werden, schauen wir eher entspannt auf die Entwicklungen, die hier auf uns zu kommen. Die ganze Diskussion über die Garantie von U3-Plätzen ab Jahresmitte, wie sie andernorts geführt wird, brauchen wir uns in Erlensee in dieser Form erst gar nicht zu geben. Rechtzeitig wurden bei uns die richtigen Weichen gestellt und das war auch richtig so.

Einige Worte noch zu den von uns vorgelegten Anträgen:

Mit der Bereitstellung von 1500 Euro wollen wir die Bemühungen unterstützen, mit einer französischen Partnerstadt freundschaftliche Bande zu knüpfen. Mit der Kommune Les Lacs Médocains haben wir eine konkrete Anfrage vorliegen. Und es haben sich bereits Personen gefunden, die Interesse an einer solchen Partnerschaft haben. Analog und in Gleichberechtigung zu den anderen beiden Partnerschaften haben wir diese kleine finanzielle Unterstützung beantragt. Ich denke, es ist ein Gebot der Fairness, bestehendes Interesse nicht abzuwürgen und der Engagementbereitschaft keine Absage zu erteilen. An dieser Stelle ist es mir noch einmal wichtig zu betonen, dass durch die Bereitstellung der Mittel noch nicht automatisch eine Entscheidung zu Gunsten einer bestimmten Kommune gefallen ist. Gleichwohl möchte ich nicht verhehlen, dass die CDU Sympathien für den bereits bestehenden Vorschlag hat. Und dies vor allen Dingen aus zwei Gründen: Die französische Gemeinde ist an uns heran getreten und hat von sich aus Interesse gezeigt. Und zum zweiten ist die Lage und die Ausrichtung des Ortes sehr spannend und verspricht, auf breites Interesse zu stoßen. Außerdem bieten sich dort Freizeitmöglichkeiten, die Verbindungen zu unseren Vereinen ermöglichen.

Mit einem Antrag möchten wir im Hallenbad am Samstag einen zusätzlichen Warmbadetag einrichten. Diese Idee kommt von der Betrachtung der Nutzerzahlen. Demnach sind die Warmbadetage besonders gut besucht, während der Samstag die schlechtesten Besucherzahlen aufweist. Wir sind überzeugt, dass hier eine Einnahmesteigerung möglich ist. Dies gelingt durch mehr Besucher, die sich von dem Angebot angesprochen fühlen. Die Mehrkosten können durch den Warmbadezuschlag aufgefangen werden. Zudem muss das Wasser für den Warmbadetag am Sonntag ohnehin erwärmt werden. Wenn dann eine Steigerung der Besucherzahlen gelingt –und davon ist auszugehen – steigen auch die Einnahmen. Das Argument aus der zurückliegenden Ausschuss-Sitzung, dass das Wasser dann zu warm für sportliches Schwimmen wäre, überzeugt uns nicht. Es handelt sich ja lediglich um eine leichte Erwärmung. Wer Badewasser haben will, muss auch nach wie vor in die Therme fahren.

Den Antrag zur Erstellung eines Informationsschreibens über die Haushaltssituation haben wir zurück gezogen. Uns wurde gesagt, dass die Verwaltung ohnehin gerade ein Schreiben in diese Richtung erstellt. Zudem wurde moniert, der Antrag würde die Systematik der AG Haushaltskonsolidierung durchkreuzen. Vom Ergebnis her gedacht, haben wir also kein Problem damit, unsere Initiative zurückzuziehen und eine –aus unserer Sicht wichtige Aufklärung der Menschen in Erlensee – nach dem Takt der AG Haushaltskonsolidierung zu organisieren. Nur sollten wir nicht allzu viel Zeit verlieren und deshalb werden wir diesen Antrag in der Schublade behalten.

Ein Wort möchte ich noch zum nun zurückgezogen Antrag der Grünen verlieren, den Polizeidienst abzuschaffen. Seit einigen Jahren müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Erlensee in der Region überdurchschnittlich von Straftaten betroffen ist. Dies sind sicherlich keine Schwerverbrechen, aber eine gewisse Auffälligkeit gegenüber anderen Kommunen in der Region ist gegeben. Wenn man dies weiß, ist es aus unserer Sicht kein sonderlich zielführender Vorschlag, den Polizeidienst als ein Element der vorbeugenden Sicherheitsarchitektur aus dem Verkehr zu ziehen. Gerade im Bereich der Kleinkriminalität und der Sachbeschädigung hilft der Polizeidienst. Er tut dies nicht repressiv und martialisch, sondern im Kleinen, durch direkte Ansprache und Vertrauensbildung. Wer schon einmal mit unseren Polizeihelfern auseinandergesetzt hat und sich von deren Arbeit berichten lässt, der weiß wovon ich spreche. Ich weiß, dass der freiwillige Polizeidienst auf Landesebene oft polemisch und ideologisch diskutiert wurde. Vor Ort sind die Dinge aber nicht mehr abstrakt, sondern sie werden konkret und an Personen festgemacht. Da finde ich, dass die Fortführung dieser einfachen Sätze wie in Ihrem Antrag einfach nicht sachgerecht ist und der Situation vor Ort nicht hinreichend Rechnung trägt. Wir werden nun ja die Gelegenheit haben, im Ausschuss dazu ein Gespräch zu bekommen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die CDU hat eine Vorstellung davon geliefert, wie eine Verbesserung der Haushaltssituation zu machen ist. Wir erwarten Kostenbewusstsein beim Kindergartenbau – dem finanziell aufwendigsten Projekt - im kommenden Haushaltsjahr. Wir erwarten ein Bekenntnis dazu, dass die Tangente ein Projekt in der Zukunft sein kann. Und wir lehnen neue Steuererhöhungen ab. Daran wird sich auch unser Abstimmungsverhalten zum Haushalt orientieren.

Herzlichen Dank.

Max Schad